



HESSISCHER LANDTAG

15. 02. 2022

Plenum

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadt (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Nadine Gersberg (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

**Bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhausinvestitionen sicherstellen,
der Landesverantwortung gerecht werden, Kommunen nicht weiter belasten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die hessischen Krankenhäuser eine unverzichtbare Säule der bestehenden Strukturen in der Gesundheitsversorgung in Hessen sind.
2. Der Hessische Landtag erkennt an, dass die hessischen Krankenhäuser die Corona-Pandemie hervorragend gemeistert haben bzw. meistern. Mit ihrem Engagement konnten Patientinnen und Patienten bestmöglich versorgt werden.
3. Der Hessische Landtag stellt weiterhin fest, dass die Pandemie die ohnehin schon schwierige Lage der Krankenhäuser in Hessen weiter verschärft hat. Viele Krankenhäuser sind in einer prekären wirtschaftlichen Lage und schreiben kontinuierlich Verluste.
4. Der Landtag erkennt an, dass Hessen bei den Investitionsförderungen im oberen Drittel der Bundesländer lag, allerdings reichten die Fördermittel bereits in der Vergangenheit schon nicht aus, um wenigstens die erforderlichen bestandserhaltenden Investitionen vornehmen zu können.
5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Landkreise und kreisfreie Städte bzgl. der Versorgung einen Sicherstellungsauftrag haben und die Krankenhäuser in erheblichem Maße finanziell unterstützen müssen. Sie tragen eine erhebliche Last der Investitionsförderungen, da das Land Hessen selbst nur 18,4 Mio. Euro der Investitionskosten aus originären Landesmitteln trägt.
6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz endlich und vollständig aus originären Landesmitteln die Investitionen für die öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäuser zu erstatten, Kreise und kreisfreie Städte zu entlasten und gleichzeitig die Versorgung sicherzustellen. Die hessische Krankenhausgesellschaft hat für die hessischen Krankenhäuser in der Hochrechnung für das Jahr 2022 einen Mindestwert von rund 460 Mio. Euro als bedarfsnotwendig errechnet. Die Schere zwischen der Landesförderung nach dem Krankenhausgesetz (KHG) und dem Investitionsbedarf der Krankenhäuser darf nicht weiter auseinandergehen, sondern muss endlich geschlossen werden!
7. Der Hessische Landtag stellt fest, dass auch für die deutschen Universitätsklinika das Corona-Jahr 2020 finanziell ein schwieriges Jahr war. Die aggregierten Jahresergebnisse 2020 der Uniklinika weisen ein Rekorddefizit von rund 544 Millionen Euro aus. Ohne die zusätzliche Unterstützung der Länder hätte das Defizit sogar fast eine Milliarde Euro betragen. Für die Investitionsfinanzierung der Universitätskliniken als Maximalversorger und Innovationsmotoren sind ebenfalls die Länder zuständig. Das Land Hessen entscheidet eigenständig über die investive Mittelausstattung der Universitätsklinika. Auch hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, um die Versorgung der Maximalversorger sicherzustellen.
8. Der Hessische Landtag stellt weiterhin fest, dass ohne eine bedarfsdeckende und verlässliche Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser diese den Interessen der Patientinnen und Patienten sowie dem Patientenwohl nicht vollumfänglich gerecht werden können. Damit dem Grundsatz des Patientenwohls Rechnung getragen werden kann, braucht es eine auskömmliche Finanzierung. Nur mit einer bedarfsgerechten Investitionsfinanzierung aller Krankenhäuser ist eine flächendeckende Versorgung der hessischen Bevölkerung gewährleistet.

Begründung:

Die Investitionskosten von Krankenhäusern werden grundsätzlich von den Bundesländern finanziert. Doch die Länder sind ihrer Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung in den letzten Jahren nicht ausreichend nachgekommen – so auch das Land Hessen.

Mit den Mitteln der Länder finanzieren die Krankenhäuser ihre notwendigen Investitionen, zum Beispiel im Bereich der Gebäude, der Medizintechnik und der Digitalisierung.

Solange das Land Hessen den gesetzlichen Pflichten zur Finanzierung der Krankenhäuser nicht nachkommt, wird sich die Lage in den Krankenhäusern nicht verbessern können.

Wiesbaden, 15. Februar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel